

Politik streitet

Beauftragte für Gleichstellung: Warum die Stadt Hildesheim drei Frauen für eine Aufgabe einsetzt

Hildesheim - Die Stadt Hildesheim bekommt zum 1. Februar eine neue Gleichstellungsbeauftragte – allerdings teilen sich mehrere Personen diese Aufgabe. Im Rat gab es um diesen Beschluss mächtig Ärger. (mit Kommentar)



Irena Steinmüller (links) wird im Februar neue Gleichstellungsbeauftragte in der Hildesheimer Stadtverwaltung, Ulrike Dammann (rechts) unterstützt sie mit sieben Stunden. Auf Wunsch der Mehrheitsgruppe soll – befristet für zwei Jahre – eine dritte Kraft mit einer halben Stelle dazukommen Foto: Stadt Hildesheim

Hildesheim - Die Stadt bekommt wieder eine Gleichstellungsbeauftragte: Der Rat ist am Montagabend dem Vorschlag von Oberbürgermeister Ingo Meyer gefolgt, Irena Steinmüller ab Februar mit der Aufgabe zu betrauen – im Team mit Ulrike Dammann. Die beiden Frauen kommen zusammen auf 32 Wochenstunden für die Gleichstellungsarbeit. Zu wenig angesichts deren Bedeutung und Umfang, fanden SPD, Grünen, PARTEI und die Linke: Sie setzten einen Antrag durch, eine weitere halbe Stelle, die auf zwei Jahre befristet ist, öffentlich auszuschreiben.

Steinmüller arbeitet bislang im Fachbereich für Personal, die 37-Jährige steht aus familiären Gründen nur für 25 Stunden in der Woche zur Verfügung. Dammann ist mit 32 Stunden in der Stabsstelle für Migration und Inklusion beschäftigt; sie stockt ihre Zeit um sieben Stunden für die Gleichstellungsarbeit auf.

Stundenreduzierung? Für SPD, Grüne und PARTEI nicht hinnehmbar

Damit fehlten zwar unterm Strich gegenüber der bisherigen vollen Stelle – sie ist seit Monaten vakant – sieben Wochenstunden, räumte Oberbürgermeister Ingo Meyer ein. Dennoch reiche sein Vorschlag aus, sei gut und sogar innovativ, sagte der Rathauschef. Er lobte beide Frauen als hervorragend geeignet und hochmotiviert; mit ihrer inhaltlichen

Anbindung an die Stabsstelle für Migration und Inklusion gehe die Stadt zudem neue Wege: „Da gibt es Schnittmengen.“

An der Eignung und Motivation von Steinmüller und Dammann – beide hatten sich am Donnerstag den Ratsfraktionen vorgestellt – gebe es keine Zweifel, betonten mehrere Sprecherinnen der Mehrheitsgruppe. „Wir wollen, dass sie das machen“, erklärte Grünen-Vertreterin Julia Gebhardt, die sich von der Gleichstellungsbeauftragten auch ein Vorankommen des Feminismus in Hildesheim erhofft. Aber die reduzierte Stundenzahl könne man nicht hinnehmen, begründete SPD-Ratsfrau Carina Goertz den Wunsch nach der zusätzlichen halben Stelle, deren Besetzung an eine genau definierte Qualifikation gekoppelt ist. Die Gleichstellungsaufgaben seien komplexer geworden, sagte Goertz. „Wir wollen die Frauen unterstützen, gerade zu Beginn“, betonte SPD-Ratsfrau Rita Weber.

CDU-Chef Münter wirft Mehrheit „Politik zum Abgewöhnen“ vor

Die CDU interpretierte den Antrag der Mehrheitsgruppe anders. Diese demontiere Steinmüller und Dammann, fand Ratsherr Thomas Brandes: „Sie trauen ihnen nicht zu, die Arbeit angemessen zu erledigen“ – ein Vorwurf, den mehrere Vertreterinnen von SPD und Grünen sowie PARTEI-Politiker Hamun Hirbod zurückwiesen. Deren Vorstoß werde „inhaltlich“ nichts verbessern, koste die Stadt aber 50000 Euro, sagte CDU-Fraktionschef Dennis Münter. Er hielt der Mehrheitsgruppe vor, sich öffentlichem Druck zu beugen: „Das ist Politik zum Abgewöhnen.“

Rathauschef Meyer lehnte die zusätzliche halbe Stelle ebenfalls ab. Diese sei im Haushalt nicht gegenfinanziert. Außerdem: Beziehe man eine weitere, bereits vorhandene Arbeitskraft in dem Bereich ein, fehlten nur zwei Stunden für die Gleichstellung: „Und darum machen Sie ein solches Boheil“, sagte der OB mit Blick auf die Mehrheitsgruppe. Für die wunderte sich Grünen-Vertreterin Doris Wendt, dass in der heutigen Zeit noch eine Grundsatzdebatte über das Thema nötig sei, FDP-Ratsherr Volker Weiß wiederum fand Gebhardts Hoffnung auf das Vorankommen beim Feminismus „ideologisch“.

Steinmüller und Dammann verfolgten die Sitzung im Internet; sie kamen nicht zu Wort. Beide wollten sich auch auf Anfrage der HAZ nicht äußern. Wann die dritte Gleichstellungskraft anfängt, ist unklar: Die Stadt solle die Stelle ausschreiben, sobald das Land den Haushalt genehmigt hat, heißt es im Beschluss. Damit dürfte ein Start frühestens im Sommer 2023 möglich sein.

Kommentar: Die Stimmen der Frauen

von HAZ-Redakteur Rainer Breda

Frauen stellen nur etwa ein Drittel der Ratsmitglieder, haben es also allein rein quantitativ schwer, sich in der von Männern dominierten Runde Gehör zu schaffen. Doch in der Diskussion über das Thema Gleichstellungsbeauftragte meldeten sich – wenn auch nur auf Seiten der Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und der PARTEI – vor allem Politikerinnen zu Wort. Das war naheliegend. Und es war gut, weil damit andere Perspektiven ins Spiel kamen – ein Effekt, den man sich als Beobachter häufiger wünscht. Denn dass im Rat Frauen sitzen, die durchaus etwas zu sagen haben, weiß man(n) aus den Sitzungen der Ausschüsse. Es wäre schön, wenn diese Stimmen und Sichtweisen öfter einfließen. Nicht nur beim Thema Gleichstellung.

(Quelle: HiAZ 21.12.2022)